

# KI-Tools in der Bundesverwaltung – bedrohen sie die Mehrsprachigkeit?

Zentrum für Demokratie Aarau  
19th June 2026



**KI-Tools bauen sprachliche Barrieren ab, stellen die mehrsprachige Bundesverwaltung aber vor neue Fragen. Kulturelle Eigenheiten könnten durch die Nutzung von KI-Tool geglättet werden und das Verständnis zwischen den Sprachgemeinschaften abnehmen, wie eine Studie des Zentrums für Demokratie Aarau (ZDA) zeigt. Sie skizziert nebst Herausforderungen auch Vorteile der KI und konkrete Handlungsempfehlungen.**

Sprachliche Vielfalt gehört zur nationalen Identität der Schweiz und die Mehrsprachigkeit ist eine Brücke für den Zusammenhalt. Eine zentrale Rolle spielt dabei die Bundesverwaltung, indem sie auf Deutsch, Französisch, Italienisch und teilweise auch auf Rätoromanisch kommuniziert. Sie hat Instrumente und Regelungen entwickelt, um als symbolische Vorreiterin diesen Anspruch auch einlösen zu können. Im Zeitalter der künstlichen Intelligenz (KI) liegt es nahe, dass Übersetzungstools und «Large Language Models» wie etwa ChatGPT auch in der Bundesverwaltung Einzug in die tägliche Arbeit gehalten haben. Die Nutzung von KI verändert jedoch die Erstellung mehrsprachiger Inhalte.

Die ZDA-Studie «Künstliche Intelligenz: Auswirkungen und Folgen für die Mehrsprachigkeit in der Schweizerischen Bundesverwaltung» untersuchte darum, wie sich die Nutzung von KI-Tools auswirkt.

**Vorteil mit einem «Ja, aber»**

Die gelebte Mehrsprachigkeit der Bundesverwaltung beruht darauf, dass die Mitarbeitenden gute Kenntnisse mehrerer Amtssprachen haben. Dementsprechend werden bei der Anstellung oder Beförderung hohe Anforderungen an die Sprachkompetenzen gestellt. Diese könnten jedoch verloren gehen, wenn Mitarbeitende die verschiedenen Sprachen nicht mehr aktiv gebrauchen. KI-Tools erlauben schnelle und kostengünstige Übersetzungen und erleichtern den

Mitarbeitenden das einsprachige Arbeiten in der bevorzugten Amtssprache. Auch für die Personalgewinnung kann es ein Vorteil sein, wenn mangelnde Sprachkompetenzen in verschiedenen Amtssprachen nicht mehr unbedingt ein Ausschlusskriterium sein müssen.

Eine solche Entwicklung brächte aber auch einen gewichtigen Nachteil mit sich: Die jeweils genutzte Sprache würde zum reinen Arbeitsmittel und könnte nicht mehr als übergeordnetes, verbindendes Prinzip wirken, wofür die Bundesverwaltung beispielhaft steht. Darunter könnten die Beziehungen zwischen den Sprachgemeinschaften innerhalb der Bundesverwaltung leiden. Nicht nur unterschiedliche Ausdrucksformen, sondern auch regionale und kulturelle Besonderheiten der verschiedenen Sprachgemeinschaften würden weniger sichtbar oder drohten zu verschwinden. Und damit auch die Berücksichtigung unterschiedlicher Perspektiven der verschiedenen Landesteile auf gewisse politische Themen.

Ohne expliziten Schutz würde die kulturelle Dimension der Mehrsprachigkeit verdrängt und die Sprache auf ein blosses funktionales Kommunikationsmittel reduziert. «Die Bundesverwaltung verfügt zwar über einen Rahmen zur Regulierung des KI-Einsatzes, dieser berücksichtigt die Mehrsprachigkeitsaspekte aber nicht explizit und schafft damit eine Grauzone, in der sich die Sprachpraktiken vor allem dem Effizienzdruck anpassen», fasst die Koautorin Marine Benli-Trichet die Erkenntnisse zusammen.

#### **Zentrale Erkenntnisse der Studie**

KI-Tools für Übersetzungen und für die Produktion von Texten kommen in der Bundesverwaltung heute regelmässig zum Einsatz. Die bestehenden Regeln hinsichtlich dieser Tools hinken ihrer tatsächlichen Nutzung jedoch hinterher.

Die Studie zeigt weiter: Französisch- und italienischsprachige Mitarbeitende der Bundesverwaltung können zwar dank den KI-Tools leichter in ihrer bevorzugten Amtssprache arbeiten, aber die Leistungen dieser Technologien sind je nach Sprache unterschiedlich. So wird Deutsch und Französisch deutlich zuverlässiger übersetzt als Italienisch und Rätoromanisch. Solche technologische Asymmetrien bewirken, dass Deutsch häufiger als Referenzsprache für Übersetzungen verwendet wird – manchmal sogar Englisch. Eine weitere Herausforderung sind die terminologischen Besonderheiten der Schweiz. Diese werden von den KI-Tools oftmals übergangen, weil sie mit Texten aus Deutschland, Frankreich oder Italien trainiert wurden. Im Ergebnis geraten Französisch- und besonders Italienischsprachige in die Lage, häufiger mit ungenauen KI-Übersetzungen arbeiten zu müssen, anstatt auf die präziseren Originaltexte zurückgreifen zu können.

#### **Chancen und Herausforderungen**

Die Nutzung von KI-Tools führt zu neuen Herausforderungen, damit das gegenseitige Verständnis zwischen den Sprachgemeinschaften erhalten bleibt. Die Studie führt somit zur Frage, welche Rolle der Bund bei der Steuerung der Mehrsprachigkeit im KI-Zeitalter übernehmen will. Sie formuliert eine Reihe von Empfehlungen, wie die Bundesverwaltung in Zukunft mit KI-Tools umgehen

kann, um gleichzeitig die Vorteile von KI zu nutzen und den Herausforderungen proaktiv zu begegnen:

- Festlegung eines Rahmens für die Interaktion zwischen KI, sprachlichen Anforderungen und Recht;
- Gewährleistung einer ausgewogenen sprachlichen Abdeckung der KI-Tools innerhalb der Bundesverwaltung;
- Verstärkte sprachliche und kulturelle Sensibilisierung des mittleren Kaders; Sicherstellung einer regelmässigen Aktualisierung der Analyse der Auswirkungen linguistischer KI auf die Mehrsprachigkeit in der Bundesverwaltung;

«Die künstliche Intelligenz verändert die Herausforderungen der Mehrsprachigkeit in der Schweiz grundlegend und bringt sowohl neue Chancen als auch Risiken mit sich. Die Pilotstudie zeigt verlässliche strategische Perspektiven auf und weist der Bundesverwaltung im KI-Zeitalter eine Vorreiterrolle im Sinne eines Labors zu. Angesichts dieser Entwicklungen drängt sich folgende Frage auf: Welchen Preis sind wir zu zahlen bereit, um den nationalen Zusammenhalt und den sprachlichen Reichtum der Schweiz zu bewahren?» betont Nicoletta Mariolini, Delegierte des Bundes für Mehrsprachigkeit.

Nicht zuletzt soll die Studie als Anstoss für weitere Analysen dienen – innerhalb wie ausserhalb der Bundesverwaltung –, um die Chancen und Herausforderungen zu erfassen, die KI für die mehrsprachige Schweiz mit sich bringt

## Über die Studie

Die Studie «Künstliche Intelligenz: Auswirkungen und Folgen für die Mehrsprachigkeit in der Schweizerischen Bundesverwaltung» wurde von der Delegierten des Bundes für Mehrsprachigkeit in Auftrag gegeben und vom Zentrum für Demokratie Aarau (ZDA) der Universität Zürich durchgeführt.

Die Studie basiert auf einer Auswertung der Fachliteratur, einer Dokumentenanalyse sowie zwei Gruppengesprächen mit Vertreterinnen und Vertretern der Bundesverwaltung.

Sie wurde zwischen Juli 2025 und Februar 2026 durchgeführt. Die Ergebnisse werden am 16. Juni 2026 der Öffentlichkeit präsentiert und im Rahmen einer Podiumsdiskussion aus linguistischer, politischer und kommunikativer Sicht vertieft eingeordnet.

---

## Download Studie

[Benli-Trichet, Marine; Kübler, Daniel; Stojanović, Nenad \(2026\). Künstliche Intelligenz: Auswirkungen und Folgen für die Mehrsprachigkeit in der Schweizerischen Bundesverwaltung, Schlussbericht. Studienbericht des Zentrums für Demokratie Aarau Nr. 34.](#)

## Kontakt für Rückfragen

Dr. Marine Benli-Trichet, [marinecharlotte.trichet@zda.uzh.ch](mailto:marinecharlotte.trichet@zda.uzh.ch), 076 574 27 06 (FR)

Prof. Dr. Daniel Kübler, [Daniel.Kuebler@zda.uzh.ch](mailto:Daniel.Kuebler@zda.uzh.ch), 078 815 67 60 (DE, FR, IT)

Prof. Dr. Nenad Stojanović, 076 558 55 41 (IT, FR, DE)

## Über das ZDA

Das Zentrum für Demokratie Aarau ist ein wissenschaftliches Forschungszentrum, das von der Universität Zürich, der Fachhochschule Nordwestschweiz, vom Kanton Aargau und von der Stadt Aarau getragen wird. Es betreibt Grundlagenforschung und befasst sich mit aktuellen Fragen zur Demokratie – regional, in der Schweiz und weltweit. [www.zdaarau.ch](http://www.zdaarau.ch)

**Abbildung:** [unsplash.com](https://unsplash.com)